



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

16. April 2018  
Seite 1 von 2

Telefon 0211 871-2279  
Telefax 0211 871-162279

für die Mitglieder  
des Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

60 fach

**Sitzung des Unterausschuss Personal des Haushalts- und  
Finanzausschusses am 17.04.2018  
Antrag der Fraktion der SPD vom 11.04.2018  
„Sachstandsbericht Lebensarbeitszeitkonten“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Wählen Sie ein Element aus. des  
Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum  
TOP „Sachstandsbericht Lebensarbeitszeitkonten“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul



Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und**  
**Finanzausschusses am 17.04.2018**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Sachstandsbericht Lebensarbeitszeitkonten**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 11.04.2018**

Mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz vom 14. Juni 2016 wurde in § 60 Absatz 3 Satz 2 Nr. 7 Landesbeamtengesetz - LBG NRW eine Verordnungsermächtigung zur Einführung von Langzeitarbeitskonten geschaffen.

Die Vorgängerregierung beabsichtigte, Langzeitarbeitskonten in repräsentativen Behörden des Landes im Wege von Modellen zu pilotieren. Die jetzige Landesregierung plant die dauerhafte Einführung von Langzeitarbeitskonten. Die wesentlichen Rahmenvorgaben sollen in den Arbeitszeitverordnungen bestimmt werden. Die Inhalte entsprechender Regelungen werden zurzeit erarbeitet. Nach deren Erstellung sollen diese mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände erörtert werden.